

EU und Mercosur: Historischer Freihandelsdeal trotz Bedenken!

EU-Kommission schließt Handelsverhandlungen mit Mercosur ab – Einigung trotz Bedenken, Weg frei für größte Freihandelszone.



Montevideo, Uruguay - Die EU-Kommission hat am 6.
Dezember 2024 die Verhandlungen über eine umfassende
Freihandelszone mit dem südamerikanischen Staatenbündnis
Mercosur erfolgreich abgeschlossen, trotz anhaltender
Bedenken aus Ländern wie Frankreich, Italien, Polen und
Österreich. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen
gab nach einem finalen Gespräch mit führenden Vertretern von
Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay bekannt, dass eine
politische Grundsatzeinigung erzielt wurde. Dieses Abkommen
wird eine der größten Freihandelszonen der Welt schaffen und
über 700 Millionen Einwohner miteinander verbinden, wie
Focus.de berichtete.

Die Verhandlungen hatten fast ein Vierteljahrhundert gedauert und sollen nun zu niedrigeren Zöllen sowie vereinfachten Handelsverfahren für Unternehmen führen. Laut von der Leyen wird das Abkommen zahlreiche Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand in der EU stärken. Die Bundesregierung hatte kürzlich Druck auf die EU ausgeübt, um die Verhandlungen abzuschließen und den Abkommenstext zur Abstimmung vorzulegen. Dabei könnte ein geplantes Vorgehen erfolgen, das es der EU ermöglicht, das Vetorecht einzelner Staaten im Rat zu umgehen, was rechtliche Risiken birgt. Der Inhalt des Abkommens bleibt zwar unklar, doch zahlreiche europäische Firmen könnten von gesparten Zöllen in Höhe von Milliarden Euro profitieren, wie oe24 anmerkte.

Die Unterzeichnungen des Abkommens stehen noch aus, müssen jedoch rechtlich überprüft und übersetzt werden, bevor sie dem Europäischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Französische und italienische Politiker zeigen sich skeptisch gegenüber dem Deal, während in Deutschland Unterstützung in der Politik wächst, insbesondere unter den Regierungsparteien. Vielzählige Kritiker befürchten eine Bedrohung für europäische Landwirte und die Umwelt, insbesondere durch die mögliche Zunahme der Regenwaldzerstörung in Südamerika. Die EU-Kommission kontert diese Bedenken und betont, dass nur Produkte, die den strengen europäischen Vorschriften entsprechen, in die EU gelangen werden. Entschließungen zur endgültigen Zustimmung des Abkommens werden frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2025 erwartet.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Montevideo, Uruguay
Quellen	• www.oe24.at
	• www.focus.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at